



(Foto: Dr. Ulrich Speck)

Russland und China fordern den Westen und die von ihm etablierte „freie und offene Ordnung“ heraus. Die gegenwärtige Verunsicherung der USA und Europas ist für die russische und chinesische Führung eine Chance, den für ihre Machtposition so gefährlichen demokratischen Einfluss weiter einzudämmen. Der Westen, derzeit weitgehend mit sich selbst beschäftigt, muss diese Herausforderung annehmen und zu einer gemeinsamen Gegenstrategie kommen.

Dr. Ulrich Speck ist außenpolitischer Analyst in Berlin und Heidelberg sowie Senior Visiting Fellow beim German Marshall Fund in Berlin. Zuvor hat er u.a. für für Carnegie Europe in Brüssel und für die Transatlantische Akademie in Washington D.C. gearbeitet. Jahrelang hat er für die Neue Zürcher Zeitung die Kolumne „Specks Weltspiegel“ verfasst.

Frühling der Autokraten

Die Welt scheint aus den Fugen geraten. Seit Jahren schon führt Russland Krieg in der Ukraine und in Syrien, nun drängt es auch nach Libyen. Mit Desinformation und Propaganda wie mit militärischen Drohgebärden versucht Moskau, Europa zu schwächen und zu destabilisieren. Derweil perfektioniert China seinen totalitären Unterdrückungsapparat mit modernster Technologie, sperrt Minderheiten in Umerziehungslager. Hong Kongs Freiheiten weichen Pekings autoritärer Herrschaft mit harter Hand, und gegenüber Nachbarn in Südostasien tritt China immer aggressiver auf, um seine Ansprüche auf regionale Dominanz durchzusetzen. Auch in Europa spielt China längst nicht mehr die Rolle des sanft-freundlichen Riesen; es spricht eine deutliche Sprache der Einschüchterung und Drohung, und erwartet offenbar Unterwerfung unter die Interessen Chinas.

Der Westen reagiert verunsichert; er wird nicht nur von außen angefochten, sondern ist auch in seiner inneren Architektur brüchig geworden. Unter Trump hat sich Amerika von seinen Alliierten entfremdet, hat die multilaterale „liberalen internationalen Ordnung“, die es nach 1945 aufgebaut hat, selbst geschwächt. Gegenüber Russland und China fährt der amerikanische Präsident keine klare Linie. Während er selbst immer wieder die Nähe Putins und Xis sucht und sie überschwänglich lobt, begibt sich seine Administration zunehmend auf Konfrontationskurs, insbesondere mit China.

In Europa macht sich zwar das Gefühl breit, an einer Zeitenwende zu stehen, doch ein gemeinsamer außenpolitischer Ansatz ist nicht erkennbar – im Gegenteil. Gegenüber Russland ist die Spaltung offensichtlich; Macron hat sich Annäherung an Putin vorgenommen, den er für einen potenziellen Partner hält, was wiederum

den Norden und Osten Europas, die russische Aggression als Existenzbedrohung wahrnehmen, erheblich irritiert. Gegenüber China findet Europa ebenso wenig zusammen, hier will die deutsche Kanzlerin die enge Wirtschaftsbeziehung schützen, indem sie sich der chinesischen Führung gegenüber freundlich verhält und einen härteren Kurs, wie ihn Großbritannien jetzt einschlägt, zu verhindern sucht.

Und doch haben die letzten Jahre deutlich gemacht, dass der Status Quo sich nicht einfach erhalten lässt. Die "neue Weltordnung" und die sich in ihr entfaltende Globalisierung haben mehr als einen Schnupfen – sie sind in einer ernsthaften Krise. Manche Auguren sehen einen neuen Kalten Krieg aufziehen, während andere vor der kommenden Anarchie warnen. Was ist da los? Was ist schiefgelaufen, und in welche Richtung treiben uns die Entwicklungen?

Der Traum von einer neuen Weltordnung

Nach Ende des Kalten Kriegs schien es, als würden Auseinandersetzungen zwischen Großmächten der Vergangenheit angehören. Die großen Antagonisten Amerikas, Russland und China, hatten sich offenbar aufgemacht in Richtung westlicher Ordnung, damit entfiel der Grund für Konflikte, und der Boden für umfassende Zusammenarbeit wurde bereitet. Die Systemfrage war entschieden; gemeinsam arbeitete man an einer "neuen Weltordnung", die auf Demokratie, Marktwirtschaft und globaler Zusammenarbeit beruhen würde.

Statt in Rüstung würde man jetzt in wirtschaftlichen Fortschritt investieren; nicht mehr Verteidigung und Geopolitik, sondern Wohlstand, sozialer Ausgleich und ökologische Nachhaltigkeit würden die Agenda der Welt prägen. Weltwirtschaft und Weltgesellschaft rückten näher, und auch wenn die Staaten bestehen bleiben würden, so würden sie doch relativiert von einem Netzwerk der Zusammenarbeit auf

gesellschaftlicher und wirtschaftlicher Ebene, und überwölbt von einer immer engeren transnationalen governance, gefestigt und auf Dauer gestellt in Regeln und Institutionen.

In der Erleichterung über das Ende des Kalten Krieges und der Begeisterung über den herausziehenden "Ewigen Frieden" wurde übersehen, dass durchaus nicht alle relevanten Kräfte diese Vision teilten.

Die Selbstbehauptung der Autokraten

Für die herrschenden Kreise in der Sowjetunion und in China war 1989 ein politisches Erdbeben, ein Schock. Mit einem Mal schwankte der Boden, auf dem sie standen. Ihre Macht und ihre Privilegien drohten, von der demokratischen Revolution hinweg gefegt zu werden. Während die Sowjetunion bereits so morsch war, dass sie den Umbruch nicht überlebte, entschloss sich die chinesische Führung zur gewaltsamen Selbstbehauptung und statuierte mit dem Massaker von Tiananmen ein Beispiel.

In Russland wie in China wurde der zunächst unaufhaltsam scheinende demokratische Umbruch erfolgreich gestoppt. Die herrschenden Kreise blieben weitgehend an den Schalthebeln der Macht; in Russland mit mehr Austausch als in China, wo die "Prinzlinge" der Mao-Jahre ihre Position behaupten konnten.

Was den Machterhalt ermöglichte, war Adaptation: die teilweise Öffnung gegenüber dem Westen und der wirtschaftlichen Globalisierung. Die Machteliten Russlands und Chinas wurden dabei nicht nur sagenhaft reich, sie verfügten jetzt auch über neue Mittel, breitere gesellschaftliche Kreise durch Teilhabe an einer gewissen Prosperität einzubinden. Und sie konnten investieren in einen von ihnen kontrollierten Staat, der ihre Macht absicherte: mit Instrumenten zur inneren Überwachung, mit einem Propagandaapparat, und zunehmend auch mit einem schlagkräftigen Militär.

Schwache Legitimation

Doch bei aller Konsolidierung bleibt die Herrschaft der Machteliten in Russland und China fragil. In einer Welt der offenen Grenzen lässt sich das politische Denken und Handeln nicht mehr völlig kontrollieren – wenn man es nicht machen will wie Nordkorea, was für beide keine Option ist. Man braucht den wirtschaftlichen Austausch, um einen gewissen Wohlstand zu schaffen, der wiederum die eigene Herrschaft legitimiert. Damit kommt aber, und das ist aus Sicht der Machthaber das Vertrackte, auch die demokratische „Ansteckung“ ins Land: Demokratiebewegungen, die als perfide, subversive Instrumente Amerikas gesehen werden, um Russland und China zu destabilisieren.

Das trifft sie besonders, denn ihre Legitimation ist schwach. Anders als während des Kalten Kriegs verfügen die Machteliten in Russland und China nicht über eine universalistische Ideologie, die die Privilegien der herrschenden Klasse als geschichtlich notwendig legitimiert. Nationalismus kann diese Position nur sehr bedingt einnehmen, da er, wenn er erst einmal als Kraft etabliert ist, sich kaum noch kontrollieren und bändigen lässt.

Der Druck auf die Machteliten bleibt damit immens; immer wieder werden sie von Dissidenten und Demonstranten daran erinnert, dass sie von einer demokratischen Revolution rasch hinweggefegt werden könnten. Das lässt sich schlecht schlafen – ähnlich schlecht wie die Monarchen des 19. Jahrhunderts, denen das Gottesgnadentum als Legitimation abhandgekommen war und die nichts mehr fürchteten als wie der französische König Ludwig XVI. unter der Guillotine zu enden.

Die innenpolitischen Maßnahmen zur Abwehr der Demokratie sind zwar massiv, und beide, China und Russland haben in den letzten Jahren den Druck auf Dissidenten noch einmal massiv verstärkt. Beide bemühen sich um möglichst vollständige Kontrolle von

Informationen, Ideen und Narrativen. All das errichtet zwar neue Sicherheitswälle, vermag aber in einer Welt des Austausches und der offenen Grenzen nicht wirklich, die Bedrohung durch eine demokratische Revolution zu bannen.

Der Ausweg aus diesem Dilemma liegt darin, von der Defensive in die Offensive umzuschalten und die Gefahr dort zu bekämpfen, wo sie nach Ansicht der autokratischen Machteliten entsteht: Im Westen, insbesondere in Amerika. Das Ziel russischer und chinesischer Außenpolitik besteht dementsprechend darin, die Machtbalance zu den eigenen Gunsten zu stärken und den Westen zu schwächen: seine Kohärenz, seinen Willen, seine Fähigkeit, die internationale Ordnung zu prägen. Es geht um nicht weniger als darum, „die Welt für Autokratie sicher zu machen“ – in Umkehrung des Mottos des amerikanischen Präsidenten Woodrow Wilson von 1917, „die Welt sicher für Demokratie zu machen“.

Die Offensive der Autokraten

China setzt vor allem auf ökonomische Stärke, die es in machtpolitischen Einfluss umzumünzen sucht. Immer offener wird die wirtschaftliche Vernetzung dazu benutzt, als schwächer angesehene Länder zu Wohlverhalten zu zwingen. In der eigenen Region hingegen setzt Peking seit einigen Jahren auch zunehmend auf militärische Mittel, insbesondere im Südchinesischen Meer, um seine Ansprüche durchzusetzen gegen wachsenden Widerstand der maritimen Nachbarn. Russland hingegen ist wirtschaftlich zu schwach, um über ökonomische Instrumente zu verfügen, abgesehen vom Export natürlicher Ressourcen, deren Machtwert in den letzten Jahren allerdings gesunken ist. Moskaus Machtanspruch ist vor allem auf militärische Stärke gegründet, von der Verfügung über eine Nuklearmacht, die sich mit der amerikanischen weitgehend auf Augenhöhe befindet, bis hin zum Einsatz von Spezialtruppen und Söldnern.

Der gemeinsame Nenner all dieser Bemühungen ist die Erhöhung des eigenen Gewichts; man will sich als führende Macht etablieren, um den Einfluss des Westens zu verringern, internationale Spielregeln und Institutionen nach eigenen Interessen prägen, autokratische Regime wie das syrische an der Macht halten, und schließlich den Gegner, den Westen und insbesondere Amerika, zurückdrängen. Russland betreibt seit längerem "aktive Maßnahmen" der Destabilisierung, die an den Kalten Krieg erinnern, mit Cyberattacken und Einmischung in demokratische Wahlen im Westen. Beide sind bemüht, den Westen zu schwächen, um den Widerstandswillen gegen russische und chinesische Strategien zu schwächen.

Die Verunsicherung des Westens

Der Westen erlebt seit einigen Jahren, wie seine große Vision einer harmonischen, strukturell konfliktfreien neuen Weltordnung ins sich zusammenfällt. Russland und China haben sich zwar transformiert, aber ganz anders als erwartet. Statt zum Partner zu werden, mit dem gemeinsam übergreifende globale und regionale Probleme bearbeitet und gelöst werden können, sind beide zu "systemischen Rivalen" geworden, die den Westen als Gegner und Feind betrachten und zunehmend aktiv werden, um die freie und offene Ordnung gemäß den Interessen der Machthaber in Moskau und Peking umzukrempeln.

Der Westen tut sich sehr schwer damit, diese Realität anzuerkennen. Die Globalisierung hat nicht nur als Vision viele Anhänger gewonnen; sie hat auch zu einer wirtschaftlichen Vernetzung und Verklammerung mit den wieder erstarkten Autokratien geführt, die schwer zurückzuschrauben ist. Dennoch hat sich das Klima gewandelt. Russlands Annexion der Krim, sein Angriff auf die Ostukraine, sein Einsatz zugunsten des syrischen Diktators Assad wie auch seine Unterstützung von extremistischen Parteien in Europa haben den Westen seit 2014 dazu gezwungen, sein Russlandbild zu

überdenken und sich neu aufzustellen, etwa durch die Revitalisierung der Nato als Instrument der Abschreckung gegen Russland. In den USA hat die russische Einmischung in die Präsidentschaftswahl von 2016 zu einem massiven backlash geführt.

Auch das Chinabild hat sich erheblich verändert. In Trumps Amerika hat der Ärger über Chinas wirtschaftliche Praktiken zu einer härteren Linie geführt, allerdings immer wieder unterlaufen durch das erratische Verhalten des Präsidenten. Und in Europa entwickelt sich ein neuer Konsens, China nicht nur als Partner, sondern auch als Wettbewerber und Konkurrent zu sehen; auch hier wächst die Irritation über den neuen, imperialen Ton des offiziellen China.

Der Charakter des neuen Konflikts

Die Auseinandersetzung mit den immer mehr auf die internationale Bühne drängenden Akteuren Russland und China ist unausweichlich. Nicht weil der Westen diesen Konflikt will, sondern weil er ihm aufgezwungen wird. Im Kern geht es nicht darum, was Amerika oder Europa tut, sondern darum, was es ist: ein Gegenmodell zur autokratischen Herrschaft in Russland und China, und damit eine existentielle Bedrohung der russischen und chinesischen Machteliten.

Zwar ist der Konflikt prinzipiell, er ist aber auch begrenzt. Es geht nicht wie im Kalten Krieg um eine globale Auseinandersetzung zweier attraktiver Entwürfe von Gesellschaft, Wirtschaft und Politik, Kommunismus gegen liberale Demokratie. Die russischen und chinesischen Machteliten haben auf der Ebene der Ideologien nichts anzubieten, sie propagieren kein alternatives Modell, sondern verteidigen nur ihre kaum verhüllten Privilegien. Was dazu führt, dass sie international weitgehend allein dastehen: an der Sicherung ihrer Machtstellung hat außer ihnen selbst niemand ernsthaft Interesse.

Begrenzt ist der Konflikt auch durch die gegenseitige wirtschaftliche Verflechtung. Die Machteliten in Russland und China können sich nur halten, wenn sie einen gewissen Wohlstand garantieren; dafür aber benötigen sie die Interaktion mit dem wirtschaftlich und technologisch führenden Westen. Das erhöht den Preis für Konflikte und Spannungen.

Was auf dem Spiel steht

Der Angriff Russlands auf die Ukraine, der die neue Offensive der Autokraten eröffnete, wurde von Merkel 2014 noch aus der Warte eines stabilen post-1989-Narrativs einer liberalen Erfolgsgeschichte zurückgewiesen. Russland erschien als hoffnungslos rückständig. Im Bundestag warf die Kanzlerin Russland "Handeln nach den Mustern des 19. und 20. Jahrhunderts" vor und belehrte Putin, geopolitische Stärke lasse sich "nur mit den Prinzipien und Mitteln unserer Zeit" erreichen (Rede im Bundestag 13. März 2014). Russland werde sich, sagte Merkel kurz darauf, "auf Dauer weder politisch noch wirtschaftlich der Globalisierung entziehen können" (Interview FAZ, 16.5.2014).

Diese Selbstgewissheit des Westens ist in den letzten Jahren dahingeschmolzen. Russland hat nicht nur seine militärischen Eroberungen in der Ukraine ausgebaut, es hat zugleich mit Syrien einen Klientelstaat im Zentrum des Nahen Ostens gewonnen und ist dabei, sich auch in Libyen machtpolitisch zu etablieren. Das hätte nicht nur erhebliche Konsequenzen für die NATO, da Russland nicht nur an der Ostflanke, sondern auch an der Südflanke präsent wäre. Moskau würde zudem auch über einen direkten Hebel verfügen, Migration nach Europa zu kontrollieren.

China hat sich derweil vom wirtschaftlichen Partner zum Mächtigen-Hegemon gewandelt, der Nachbarn drangsaliert und Europa zunehmend als Objekt eigener Machtprojektion behandelt. Amerika fällt als Gegenmacht weitgehend aus – es wird von einem erratischen

Präsidenten geführt, der glaubt, Amerikas Stärke beruhe auf Alleingängen und nicht auf Allianzen, und der ein besonderes Faible für autokratische Regimes zu haben scheint. Ein geopolitisch gestresstes Europa hält währenddessen nur mit Mühe zusammen und schafft es nicht, den – zugegebenermaßen gewaltigen – Schritt vom gemeinsamen Markt zum globalen Akteur zu gehen.

Mit all diesen Entwicklungen scheint die liberale Vision von 1989 – eine freiheitliche, harmonische, offene, multilaterale Weltordnung – zunehmend unter die Räder zu kommen. Was am Horizont aufscheint ist eine Welt der Abschottung, der gnadenlosen Konkurrenz, eine Welt der mit Gewalt eroberten Einflussphären und der machtpolitischen Konflikte. Jene Welt also, die Russland schon seit Jahren propagiert und durch sein Handeln heraufbeschwört.

Für Deutschland jedoch ist so eine Welt ein Alptraum. Die Bundesrepublik, das neue, bessere Deutschland, war auch deshalb so erfolgreich, weil sie stets fest eingebettet war in größere Ordnungsrahmen: in die amerikanisch geführte Sicherheitsallianz, in die europäische Integration, in eine zunehmend globale multilaterale Ordnung. Eine Einbettung, die es Deutschland ermöglichte, sich von den Denkmustern und Handlungsweisen des nationalistischen Machtstaats gründlich zu verabschieden – womit die "deutsche Frage", die Frage nach der Rolle Deutschlands in Europa, für immer ad acta gelegt zu sein schien; zum Glück der Deutschen und seiner Nachbarn.

In einer darwinistischen Welt der reinen, nicht durch Kooperation, Regeln und Institutionen balancierten Machtpolitik würde Deutschland jedoch vor die unmögliche Wahl gestellt, entweder selbst darwinistischer Machtstaat zu werden, oder aber zum ohnmächtigen Klienten von ruchlosen Großmächten herabzusinken. Um eine solche Zuspitzung zu verhindern, muss Deutschland sich zu einem führenden Advokaten der freien und offenen, der

demokratischen Ordnung machen. Deutschland hat daran nicht nur ein existentielles Interesse, sondern auch erhebliches Machtpotential, das es dafür einsetzen kann: technologische und wirtschaftliche Stärke, ein solides demokratisches System, eine Schlüsselrolle in Europa und in der transatlantischen Allianz.

Die Auseinandersetzung annehmen

Wenn die neue autokratische Weltordnung, wie sie die herrschenden Eliten in Moskau und Peking anstreben, Wirklichkeit wird, dann droht alles, was Deutschland seit 1949 und 1989 erreicht hat, hinweggespült zu werden. Berlin kann deshalb die von Moskau und Peking ausgehenden Angriffe auf die freiheitliche

Ordnung nicht mehr weitgehend ignorieren, und business as usual weiter betreiben. Es muss die Auseinandersetzung annehmen.

Dafür könnte es bald zunehmenden Rückenwind geben. Der Präsidentschaftsbewerber der Demokraten, Joe Biden, hat kürzlich in einem Aufsatz in der Zeitschrift "Foreign Affairs" versprochen, in seinem ersten Jahr einen globalen "Demokratie-Gipfel" auszurichten, "um den Geist und die gemeinsame Zielsetzung der Nationen der freien Welt zu erneuern". Und Großbritannien hat als neues Gipfelformat eine D-10 vorgeschlagen – um die enge Zusammenarbeit führender liberaler Demokratien zu organisieren.

Bisher erschienen:

GSP-Einblick 1/2020, März: „Dr. Hans-Peter Bartels im GSP-Interview“ von Prof. Dr. Johannes Varwick

GSP-Einblick 2/2020, April: „Afrika und die Corona-Krise“ von Prof. Dr. Robert Kappel

GSP-Einblick 3/2020, Mai: „Die Corona-Krise und die globale Ordnung“ von Dr. Ulrich Speck

GSP-Einblick 4/2020, Mai: „Die Corona-Virus-Krise als kritischer Wendepunkt für die Welt und die Ukraine“ von Pavlo Klimkin und Dr. Andreas Umland

GSP-Einblick 5/2020, Mai: „Die neue nukleare Frage – eine Antwort auf Rolf Mützenich“ von Prof. Dr. Joachim Krause

GSP-Einblick 6/2020, Mai: „Nichtverbreitung von ABC-Waffen: Die Tiefe Krise des Multilateralismus“ von Dr. Oliver Thränert

GSP-Einblick 7/2020, Juni: „Weltordnung, Pandemien und Sicherheitspolitik“ von Prof. Dr. Johannes Varwick

GSP-Einblick 8/2020, Juni: „Der Aufstieg Chinas – Konsequenzen für die Sicherheitspolitik“ von Christiane Heidbrink, M.A.

GSP-Einblick 9/2020, Juli: „Frühling der Autokraten“ von Dr. Ulrich Speck



Hinweis: Unser Blog befasst sich intensiv mit den Konsequenzen der Corona-Krise für die Sicherheitspolitik: diskutieren Sie mit! [Hier geht es zum Blog.](#)



Bitte beachten Sie auch unseren [YouTube-Kanal.](#)

Die **GSP** ist die **älteste** und **größte sicherheitspolitische Vereinigung Deutschlands** und bundesweit sowie in vielen Schichten der Gesellschaft präsent. Mit über **6000 Mitgliedern** in sieben Landesbereichen und über **70 Sektionen** diskutieren und vermitteln wir **Sicherheitspolitik** deutschlandweit – **gehaltvoll, sachkundig, parteiunabhängig, ideologiefrei, bunt** und mit **Herzblut**.

Präsident der GSP und presserechtlich verantwortlich ist Prof. Dr. Johannes Varwick; Redaktion: Fabian Schlüter B.A.

GSP-Einblick* ISSN 2701-4088

Gesellschaft für Sicherheitspolitik e.V.

Geschäftsstelle Bonn
Wenzelgasse 42
53111 Bonn
T +49 (0)228 652556
geschaeftsstelle@gsp-sipo.de

Berliner Büro
Reichstagufer 14
10117 Berlin
praesidenten-buero@gsp-sipo.de

Abonnieren Sie auch unseren Newsletter
und unsere Social-Media-Kanäle!

 www.gsp-sipo.de/wir-ueber-uns/newsletter
 www.gsp-sipo.de
 www.twitter.com/gsp-sipo
 www.facebook.com/GSPSipo